

WORKING PAPERS

VERBRAUCHERPOLITIK, VERBRAUCHERFORSCHUNG

Nachhaltiger Konsum und soziale Ungleichheit

Karl-Michael Brunner

Februar 2014

ISSN 2218-2764



wien.arbeiterkammer.at

WORKING PAPERS

VERBRAUCHERPOLITIK, VERBRAUCHERFORSCHUNG

Die Working Papers Verbraucherpolitik Verbraucherforschung sollen eine Plattform zur Diskussion von Fragen sein, die sich aus der Beschäftigung mit den Problemen der Verbraucher, des modernen Konsums und gesellschaftspolitischer Entwicklungen ergeben.

Sie erscheinen in zwangloser Reihenfolge ungefähr sechsmal im Jahr.

Die hier vertretenen Meinungen stellen eine Diskussionsbasis dar und sind unabhängig von der Meinung des Herausgebers (AK-Wien, Abteilung KonsumentInnenpolitik).

Herausgeber: AK-Wien, Abteilung KonsumentInnenpolitik,
Prinz Eugenstraße 20-22, 1040 Wien, Österreich.



wien.arbeiterkammer.at

Einleitung

Im Zuge der gesellschaftlichen Diskussion um nachhaltige Entwicklung sind die westlichen Konsummuster und Lebensstile zunehmend in die Kritik gekommen. Im globalen Vergleich seien die Lebensstile in den industrialisierten Ländern und die damit verknüpften Konsumstandards mit vielen negativen Auswirkungen verbunden: einem hohen Energieverbrauch, steigenden Emissionen, einer Reduktion der Artenvielfalt, einer Zunahme des Flächenverbrauchs, einer Mentalität der Wegwerfgesellschaft, steigenden Konsumspiralen, Überkonsum, Produktionsbedingungen mit Ausbeutungsverhältnissen usw., wobei wachsende Konsumniveaus nicht mehr unbedingt steigende Lebenszufriedenheit bedeuten. Während die einen im Überfluss lebten, stünden in anderen Erdteilen Hunger, Armut, mangelnde Zukunftsperspektiven, fehlende Bildungschancen, armutsbedingte Umweltzerstörung usw. auf der Tagesordnung. Lange Zeit war dieses bipolare Bild (hier der reiche Norden, dort der arme Süden) im Nachhaltigkeitsdiskurs (zu Recht) im Zentrum. Im Zuge von Wirtschaftskrise und verschärften Verteilungskonflikten richtet sich der Blick aber zunehmend auch auf die sozialen Ungleichheiten in den Industriestaaten und deren Implikationen für nachhaltige Entwicklung. Diese Perspektive entspricht auch den sozialen Gerechtigkeitsansprüchen, die mit dem Nachhaltigkeitskonzept verbunden sind. Wenn soziale Ungleichheit mit Burzan (2010, 525f.) als „systematische ungleiche Verteilung von Lebenschancen bzw. von Möglichkeiten der Teilhabe an Gesellschaft und der Verfügung über gesellschaftlich relevante Ressourcen“ gefasst wird, dann stellen sich u.a. folgende Fragen für die Möglichkeit nachhaltigen Konsums: Wie hängen soziale Ungleichheiten und nachhaltiger Konsum zusammen? Welche Voraussetzungen für nachhaltigen Konsum sind notwendig? Welche sozialen Gruppen profitieren von nachhaltigkeitspolitischen Maßnahmen und wer trägt die Kosten? Werden durch Nachhaltigkeitsansprüche und -politiken soziale Ungleichheiten reduziert oder vergrößert?

Im vorliegenden Working Paper sollen einige dieser Fragen thematisiert und ein Beitrag zu einer sozialen Sensibilisierung der Diskussion um nachhaltigen Konsum geleistet werden.

Nachhaltige Entwicklung und nachhaltiger Konsum

Was ist mit nachhaltiger Entwicklung gemeint? Nachhaltigkeit ist ein Entwicklungskonzept, das auf die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht gerichtet ist.

Dabei sind nicht nur intergenerationelle Gerechtigkeitsnormen handlungsleitend („zukünftige Generationen“), sondern auch intragenerationelle, wobei dies nicht nur auf ärmere Länder bezogen ist, sondern auch auf soziale Ungleichheiten in reichen Ländern (Brunner 2007). Die weltweite Diskussion des Nachhaltigkeitskonzepts wurde mit dem so genannten „Brundtland-Bericht“ der „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ eingeleitet.

Die Kommission hatte den Auftrag, die drängendsten Weltprobleme zu analysieren (die globale Umweltzerstörung, die weltweiten Ungleichheiten, die wachsende Armut und die Bedrohung von Frieden und Sicherheit) und Lösungsvorschläge zu entwickeln. In diesem Kontext wurde auch die bekannte Definition nachhaltiger Entwicklung formuliert: „Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987, 46). Inzwischen ist Nachhaltigkeit als möglicher Zukunftsentwurf für die Gestaltung von Gesellschaften und gesellschaftlicher Naturbeziehungen zu einem kollektiven Leitbild geworden und findet breite Zustimmung bei vielen gesellschaftlichen AkteurInnen bzw. ist Ziel internationaler, nationaler und regionaler Nachhaltigkeitsstrategien. Die Zustimmung zum Leitbild bedeutet jedoch nicht unbedingt Konsens über das weitere Vorgehen: „Wenn es jedoch um die konkrete Benennung von Zielen, Strategien und Handlungsprioritäten geht und um die Geschwindigkeit der Umsetzung des Leitbildes, so klaffen die Vorstellungen noch weit auseinander“ (Jörissen et al. 2001, 5). Je nach Naturkonzept, Gerechtigkeits- und Entwicklungsvorstellungen und präferierten Steuerungsstrategien sind die jeweiligen Nachhaltigkeitsverständnisse sehr unterschiedlich. Lange Zeit wurde von einem „Drei-Säulen-Modell“ aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem ausgegangen, was allerdings oft zur Konsequenz hatte, dass nur einer Säule Vorrang eingeräumt wurde (z.B. der Ökologie) und die beiden anderen nachrangig in inhaltlicher, aber auch zeitlicher Dimension betrachtet wurden. Häufig wurde die soziale Dimension ausgespart oder auf eine Restkategorie reduziert und die aus den 1980er Jahren bekannte Opposition „Ökologie versus Ökonomie“ in das Zentrum gestellt. Durch das Säulenmodell wird allerdings der Eindruck erweckt, als wäre die Ökonomie unabhängig vom sozialen oder institutionellen Kontext sowie Wirtschaft und Gesellschaft unabhängig von der Umwelt. Das ist weder aus sozioökonomischer Perspektive noch aus sozialökologischer Perspektive haltbar. Wirtschaft und Umwelt sind eng mit dem Sozialen verbunden, es geht immer um „gesellschaftliche Naturverhältnisse“. Gleichwohl ist das Trennungsmodell häufig organisatorisch in Institutionen verfestigt (z.B. in unterschiedlichen ministeriellen Zuständigkeiten), was für die „Querschnittsthematik Nachhaltigkeit“ politisch problematisch sein kann.

In letzter Zeit wird zunehmend einem integrativen Nachhaltigkeitsverständnis gefolgt, was aber nicht bedeutet, dass sich deshalb unterschiedliche Prioritätssetzungen, Widersprüche und Konflikte automatisch in „Win-Win-Win-Lösungen“ auflösen würden. So kann beispielsweise die ökologische Dimension (z.B. die Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen) in Konflikt mit der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Schaffung von Arbeitsplätzen geraten, wie kürzlich beim Versuch der EU deutlich wurde, die Abgasnormen bei Autos zu verschärfen. Durch die Intervention Deutschlands wurde dieses Vorhaben mit dem Verweis auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen (Groß-)Autobauer und die im Automobilsektor möglicherweise gefährdeten Arbeitsplätze vorerst auf Eis gelegt.

Ein anderes Beispiel, in dem auch soziale Ungleichheiten schlagend werden, ist die Energiewende: Der Umstieg auf erneuerbare Energien kann mit erhöhten Energiepreisen verknüpft sein: Während Großbetriebe mit dem Verweis auf Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Zuschlägen ausgenommen werden, werden die VerbraucherInnen zum pekuniären Handkuss gebeten. Dies kann insbesondere für einkommensschwache Haushalte, die ohnehin eine schwache Position am Energiemarkt haben, zum Problem werden: Energie wird immer weniger leistbar (zur Thematik von Energiearmut siehe weiter unten), die „Kleinen“ werden überproportional getroffen, die „Großen“ bekommen Erleichterungen.

Nachhaltiger Konsum gilt als eine zentrale Strategie zur Erreichung nachhaltigerer Wirtschafts- und Lebensweisen. Was bedeutet nachhaltiger Konsum? Definitionsversuche orientieren sich häufig an der Brundtland-Definition von nachhaltiger Entwicklung: „'Nachhaltig' ist ein Konsumverhalten dann zu nennen, wenn es die Bedürfnisse der Konsumenten in einer Weise erfüllt, die die Absorptions- und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Mitwelt nicht überfordert“ (Scherhorn et al. 1997, 7). Hinsichtlich der Sozialverträglichkeit wird das Kriterium formuliert, „ob mit dem jeweiligen Konsumverhalten soziale Ausbeutung und gesellschaftliche Ungleichheit verringert oder vergrößert (wird) und inwieweit sich damit die Chancen auf eine Befriedigung existentieller Grundbedürfnisse der an den Produktions- und Konsumketten beteiligten Bevölkerungsgruppen erhöhen oder verschlechtern“ (Brand et al. 2002, 10). In einem Forschungsprojekt zu „Sustainable Lifestyles“ wurde unter Beteiligung des Autors versucht, nachhaltigen Konsum alltagsnahe zu definieren.

Demnach ist nachhaltiger Konsum

- Umweltverträglich
- Sozial gerecht
- Ökonomisch leistbar
- An sozial und kulturell unterschiedliche Konsumbedürfnisse und -wünsche anschließbar
- An Konsumalternativen (z.B. andere, nachhaltigere Produkte) ebenso orientiert wie an Alternativen zum Konsum (nicht-materielle Bedürfnisbefriedigungen)
- Sozial attraktiv und leicht in den Konsumalltag integrierbar (Heiler et al. 2008).

Was diese Definitionen allerdings konkret für alltägliches Konsumhandeln bedeuten, ist aus ihnen nicht leicht ableitbar. Die Multidimensionalität und Komplexität von Nachhaltigkeit macht es z.B. schwierig und aufwändig, im Konsumalltag die „nachhaltig richtige“ Entscheidung zu treffen: Soll bei Lebensmitteln konventionell erzeugten Produkten aus der Region der Vorrang gegeben werden (Stichwort: Vermeidung von Transportwegen und Stärkung der lokalen Wirtschaft) oder lieber ökologisch produzierten aus Übersee (Stichwort: Umweltschonung und Förderung von Arbeitsplätzen für armutsbetroffene Bevölkerungsgruppen)?

Soll man aus Gesundheitsgründen mehr Fisch essen, aber wie geht das mit der Überfischung der Meere zusammen und welche Fische sind gerade als nicht gefährdet einzuschätzen? Trägt der Konsum von billigen Kleidungsstücken zur Ausbeutung der TextilarbeiterInnen in Bangladesh und anderswo bei oder werden damit Arbeitsplätze in wirtschaftsschwachen Regionen geschaffen?

Mit solchen Fragen sind KonsumentInnen oft überfordert, weshalb „Daumenregeln“, Kompatibilitäten mit Lebensstilen sowie Alltagstauglichkeit und Routinisierung häufig die Abwägung von Kriterien anleiten. Überfordert sind (auch prinzipiell für Nachhaltigkeit aufgeschlossene) KonsumentInnen häufig auch mit moralisierenden Nachhaltigkeitsappellen (z.B. „Wir alle müssen aus Klimaschutzgründen den Fleischkonsum einschränken“), da diese oft an der Konsumrealität der Menschen vorbei gehen und deshalb eher Abwehr als Anschluss erzeugen. Die Verantwortungszuschreibung an die KonsumentInnen vergisst, dass es sehr verschiedene Gruppen von KonsumentInnen in unserer Gesellschaft gibt mit jeweils unterschiedlichen Ressourcenausstattungen, lebensweltlichen Orientierungen und Handlungsbedingungen (Brunner 2013). Kurz gesagt: Fragen sozialer Ungleichheit werden auch in Konsummustern deutlich. Außerdem sind KonsumentInnen nicht die einzige Akteursgruppe, die für nicht nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweisen und deren Veränderung in Richtung Nachhaltigkeit verantwortlich sind (siehe dazu den letzten Abschnitt).

Nachhaltiger Konsum und soziale Ungleichheit

Soziale Differenzierungen des Konsums

Konsummuster in heutigen Gesellschaften sind pluralisiert, d.h. es gibt unterschiedliche Lebensstile (bzw. soziale Milieus) mit entsprechend differenzierten Weisen des Konsums (Kleinhüchelkotten 2005). Lebensstile unterscheiden sich dabei nicht nur nach soziodemographischen Merkmalen (Einkommen, Bildung, Beruf), sondern auch durch Wertorientierungen, Lebensziele, Mentalitäten als geteilte Wahrnehmungen und Vorstellungen über die Wirklichkeit. Soziale Gruppen, die durch ähnliche Merkmale der sozialen Lage (z.B. Einkommen) gekennzeichnet sind, können z.T. ganz unterschiedliche konsumleitende Orientierungen ausbilden. Die Untersuchungen zu sozialen Milieus geben dazu Auskunft: Soziale Milieus einer Gesellschaft versammeln Menschen mit ähnlicher Lebensweise und Lebensauffassung und sind durch je spezifische Kombinationen sozialer Lagemerkmale mit Merkmalen subjektiver Wertorientierungen und Lebensziele gekennzeichnet. Das soziale Milieu der „Postmateriellen“ ist beispielsweise hinsichtlich der sozialen Situation u.a. durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Altersschwerpunkt zwischen 20 und 50 Jahren, mehr Frauen, mittleres bis hohes Einkommen, überproportionaler Single-Anteil, höchstes Bildungsniveau aller Milieus in Österreich, überdurchschnittlich oft in Wien zu finden. Beruflich dominieren in diesem Milieu freie Berufe, qualifizierte Angestellte, höhere BeamtenInnen sowie SchülerInnen und StudentInnen. Bezüglich Wertorientierungen sind Angehörige dieses Milieus gekennzeichnet durch Toleranz, Weltoffenheit und Multikulturalität.

Die „Postmateriellen“ legen Wert auf Freiräume für individuelle Entfaltung und Selbstverwirklichung, sie sind leistungsbereit, allerdings ohne dem klassischen Karrieredenken zu folgen. Im Hinblick auf Geschlechterbeziehungen werden klassische Rollenbilder abgelehnt, Emanzipation in Partnerschaft und Familie wird hoch bewertet. Die „Postmateriellen“ sehen sich als kritische, aufgeklärte und nachhaltige VerbraucherInnen, die übermäßigem Konsum kritisch gegenüberstehen, trotzdem jedoch die „schönen Dinge des Lebens“ schätzen. Dieses Milieu kann als eines gelten, das gegenüber Nachhaltigkeitsansprüchen aufgeschlossen ist und nachhaltigen Konsum mehr oder weniger ausgeprägt praktiziert. Die „Postmateriellen“ konsumieren z.B. mehr als andere Milieus Lebensmittel aus biologischem Anbau, essen weniger Fleisch und bevorzugen Produkte aus fairem Handel. Konsumverzicht ist zwar positiv konnotiert, jedoch wird meist dem „anders“, nämlich nachhaltig, Konsumieren, der Vorzug gegeben. Dies wird von Markt- und Meinungsforschung auch symbolisch honoriert, indem die „Postmateriellen“ als ParadevertreterInnen der „LOHAS“ präsentiert werden. Dies heißt allerdings nicht, dass die „Postmateriellen“ einen durchgängig nachhaltigen Lebensstil pflegen.

Teilweise ist dieses Milieu durch ein hohes Konsumniveau gekennzeichnet. Außerdem kann eine Ausrichtung im Sinne von Nachhaltigkeit in einem Handlungsbereich (z.B. Ernährung) durchaus mit einer nicht nachhaltigen Ausrichtung in anderen Handlungsbereichen (z.B. Verkehr) Hand in Hand gehen.

Zum Vergleich soll ein weniger privilegiertes Milieu kurz skizziert werden, nämlich die „konsumorientierte Basis“. Hinsichtlich der sozialen Situation ist dieses Milieu durch folgende Charakteristika gekennzeichnet: eher jünger, etwas mehr Männer, niedriges Bildungsniveau, durchschnittliches Einkommen und in Wien stark vertreten. In diesem Milieu dominieren ArbeiterInnen, einfache Angestellte und Personen in Ausbildung, das Armutsrisiko ist hoch. Dieses Milieu orientiert sich an den Lebensstandards der breiten Mittelschicht und versucht, über Konsum gesellschaftlichen Anschluss zu halten. Gelebt wird im Hier und Jetzt, oft verbunden mit Gefühlen sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung. Arbeit wird als Notwendigkeit gesehen. Das Umweltbewusstsein ist in diesem Milieu wenig ausgeprägt, dem Umweltschutz wird kaum politische Priorität zugeschrieben. Gleichzeitig ist aber das Konsumniveau niedrig und der ökologische Fußabdruck weniger ausgeprägt als in anderen sozialen Milieus.

Aus welchen Gründen konsumieren Menschen nachhaltiger?

Die sozialwissenschaftliche Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung hat in den letzten Jahrzehnten in unzähligen Studien untersucht, was Voraussetzungen und Motive nachhaltigen Konsums sind bzw. welche Faktoren und Zusammenhänge sich als eher hinderlich erweisen. Nachhaltigkeitsorientiertes Handeln von Menschen kann sehr unterschiedliche Gründe haben.

Lange Zeit wurde angenommen, dass ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein (Einstellungen, Wissen) eine notwendige Voraussetzung für entsprechendes Handeln ist. Es hat sich jedoch vielfach gezeigt, dass Umweltbewusstsein zwar eine teilweise notwendige, aber oft keineswegs hinreichende Voraussetzung für Umwelthandeln ist. Andere Faktoren können sich in vielen Fällen als wesentlicher erweisen (z.B. der Lebensstil, nicht umweltbezogene Werte und Motive). Trotzdem wird umweltpolitisch häufig auf eine Erhöhung des Umweltbewusstseins der Menschen gesetzt, um entsprechendes Handeln zu bewirken. Demnach gelte es, die konstatierte „Kluft zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln“ zu reduzieren. Der Klufthypothese liegt allerdings die überhöhte Annahme zugrunde, dass Bewusstsein und Handeln in einem engen Verhältnis stehen müssten.

Im Alltag kann jedoch nicht von einheitlichen Denk- und Handlungsmustern ausgegangen werden, „eine durchgehende systematische Organisation und Stilisierung sowie subjektiv-sinnhafte Einbeziehung ökologischer Anliegen nach dem Muster methodisch stringenter Lebensführung dürfte (...) ein seltener Grenzfall sein“ (Poferl 2000, 39). Nachhaltigkeitsbezüge des Handelns treten nicht isoliert auf, sondern hängen mit anderen Werten und Zielen zusammen, wobei Zielkonflikte wahrscheinlich sind. Gerade unter der Perspektive der Multidimensionalität von Nachhaltigkeit muss dieser Werte- und Zielpluralität besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Klufthypothese abstrahiert von den z.T. widersprüchlichen sozialen Kontexten, in die alles umweltrelevante Handeln eingelassen ist: „Das Problem ist nicht, warum Menschen das ökologisch Richtige wollen, aber auch wider besseres Wissen doch nicht tun, sondern was sie eigentlich wollen, und welche Chance in diesem Zusammenhang ‚ökologische Einsicht‘ hat“ (Gestring et al. 1997, 137). Es geht also darum, die sozialen und kulturellen Kontexte zu beachten, in denen nachhaltigkeitsrelevant gehandelt wird und Arrangements zu entwickeln, in denen sich nachhaltige Verhaltensweisen auf potenzielle Ko-Motive (nach Selbsttätigkeit, sozialer Distinktion, nachbarschaftlicher Nähe, Gesundheit usw.) stützen können. In vielen Fällen müssen mit einer nachhaltigkeitsrelevanten Handlung gleichzeitig mehrere motivationale Bedingungen erfüllt sein, damit sie als akzeptabel erscheint. Studien zeigen, dass viele der als umweltrelevant beschriebenen Verhaltensweisen nicht nur der Umwelt dienlich sind, sondern – darüber vermittelt – auch der (eigenen) Gesundheit: Dies trifft u.a. besonders bei Ernährung zu. Das Vorhandensein solcher „Motivallianzen“ ist oft Voraussetzung für nachhaltigeres Handeln.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, die Perspektive objektiver Umweltauswirkungen menschlicher Handlungen in Betracht zu ziehen. Konsumhandlungen sind immer mit mehr oder weniger ausgeprägten Umweltauswirkungen (z.B. CO₂-Emissionen) verbunden, auch wenn dies den Handelnden nicht bewusst sein muss. Die Forschung zeigt, dass es Umwelthandeln auch ohne Umweltbewusstsein geben kann, d.h. umweltbewusstes Handeln stellt nur einen Typ von Umwelthandeln unter anderen dar.

So wurde eine relativ große Gruppe „einstellungsungebundener Umweltschützer“ (Preisendörfer 1999) identifiziert, die zwar ein unterdurchschnittliches Umweltbewusstsein, aber ein überdurchschnittliches Umweltverhalten zeigt. Dieses ist aber weniger durch Werte des Umweltschutzes angeleitet, sondern durch Werte wie Tradition, Sparsamkeit, Gesundheit oder Fürsorge für andere. Dies verweist auf die Eingebettetheit von Umwelthandeln in Lebensstile.

Milieu- und Lebensstilansätze tragen der Eingebundenheit menschlichen Handelns in sozio-kulturelle und sozio-ökonomische Kontexte Rechnung. In der Diskussion um nachhaltige Lebensstile und Konsummuster ist häufig von der Notwendigkeit einer Wende zu einem nachhaltigen Lebensstil die Rede (ähnlich wurde bereits in den 1970er Jahren argumentiert). So ist in verschiedenen nachhaltigkeitspolitischen Kontexten die Forderung zu vernehmen, dass „wir“ aus Gründen der Zukunftsfähigkeit „unseren“ Lebensstil ändern müssten. Lebensstil im Singular meint dabei die industriegesellschaftlichen Wirtschafts- und Konsumformen mit hohem Energieeinsatz, ausgeprägter Mobilität, extensivem Flächenverbrauch, großen Stoffdurchsätzen, hohen Abfallquantitäten und immensen Schadstoffemissionen. Die Lebensstilforschung zeigt aber, dass es den einheitlichen Lebensstil in Form einheitlicher Wert- und Konsumorientierungen nicht gibt, sondern – wie bereits erwähnt – von einer Pluralität von Lebensstilen auszugehen ist.

Studien zeigen, dass positive Einstellungen zum Umweltschutz nicht auf einzelne Lebensstile beschränkt sind. Umwelthandeln kann auch mit konservativen Wertmustern verbunden sein, ebenso wie alternative Wertorientierungen nicht unbedingt mit ökologischeren Verhaltensweisen einhergehen müssen. Reusswig (1999) spricht von „Patchwork-Lebensstilen“, d.h. kaum ein Lebensstil erweist sich in allen Lebensbereichen als konsistent umweltverträglich, sondern verträgliche und unverträgliche Verhaltensweisen stehen in verschiedenen Handlungsfeldern oft nebeneinander. Es gibt unterschiedliche soziale Milieus, deren Mitglieder aus sehr differenten Motivhintergründen mehr oder weniger ausgeprägtes Umwelthandeln praktizieren (Kleinhüchelkotten 2005). Die Ergebnisse dieser umweltbezogenen Lebensstil- und Mentalitätsstudien legen auch nahe, dass Nachhaltigkeit keine einheitliche, sondern eine differentielle Politik des Verhaltenswandels erfordert. Es geht um die Anknüpfung an lebensstilspezifisch ausgeprägte Ressourcen und Stärken, wenn Hindernisse und Blockaden nachhaltigen Handelns beseitigt werden sollen. Nachhaltigkeitsstrategien treffen auf unterschiedliche Deutungs- und Handlungskontexte, d.h. die ansprechbaren Bevölkerungsgruppen müssen sozial und kulturell identifiziert werden und u.a. mit zielgruppenbezogenen Strategien zu Verhaltenswandel motiviert werden. Nachhaltigkeitsstrategien müssen solche sozialstrukturellen Differenzierungen ernst nehmen, wollen sie sozial anschlussfähig sein. Auch mögliche distributive Auswirkungen von nachhaltigkeitsbezogenen Maßnahmen sind in den Blick zu nehmen, damit unter dem Banner von Nachhaltigkeit nicht bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten verstärkt oder neu geschaffen werden (Stichwort: Verteilungsneutralität von Umweltentlastungen).

Ökologische und soziale Ungleichheiten: Intragenerationelle Gerechtigkeitsperspektiven

Lebensstile verdichten sich aber nicht nur zu unterschiedlichen Konsummustern, sondern auch zu unterschiedlichen Naturnutzungs- und -belastungsprofilen.

Lebensstile sind also nicht nur sozial, sondern auch ökologisch betrachtet pluralisiert: „Dabei lassen sich nicht eindeutig ökologische von eindeutig unökologischen Lebensstilen trennen, sondern es gibt eine Bandbreite von bereichsspezifischen Mischungen mit unterschiedlichen Graden an (In-) Konsistenz zwischen Bewusstsein und Verhalten“ (Reusswig 1999, 58).

Die lebensstilspezifischen Naturnutzungs- und -belastungsprofile waren aber lange Zeit nicht im Blickfeld der Forschung. Das soziale Ungleichheitsproblem wurde „auf die Analyse der sozialen Pluralisierung und Diversifizierung umweltbezogener Wertpräferenzen, Einstellungsmuster und Verhaltensweisen begrenzt und ansonsten die Frage an den Rand (...) gedrängt, inwieweit die produktiven und konsumtiven Nutzungs- bzw. Inwertsetzungschancen von Umweltpotentialen für unterschiedliche Zweckbestimmungen sozial ungleich verteilt sind“ (Kraemer 2008, 179).

Die Umweltgerechtigkeitsforschung hat bereits seit den 1970er Jahren darauf verwiesen, dass sowohl Umweltrisiken und -belastungen als auch der Zugang zu Umweltressourcen häufig sozial ungleich verteilt sind (Elvers 2011). Dies wurde im Nachhaltigkeitsdiskurs lange Zeit wenig beachtet, da Gerechtigkeitsfragen entweder im intergenerativen Vergleich diskutiert wurden oder in Bezug auf globale Entwicklungsunterschiede zwischen Nord und Süd. In den letzten Jahren gewinnen aber im Zusammenhang mit der Berücksichtigung sozialer Aspekte von Nachhaltigkeit zunehmend auch soziale Verteilungsmuster von Umweltbelastungen und -nutzungen sowie Naturschutzkosten in den industrialisierten Ländern an Bedeutung. Dabei wird soziale Gerechtigkeit nicht (nur) unter dem Aspekt der Einkommensverteilung und der ökonomischen und sozialen Teilhabe betrachtet, sondern auch unter dem Aspekt ökologischer Gerechtigkeit (Walker 2012). Beispielsweise wird im Zusammenhang mit dem Klimawandel die soziale Differenzierung von Verantwortlichkeiten und Betroffenheiten betont. Häufig sind Umweltdegradationen in größerem Ausmaß durch die Handlungen Wohlhabender verursacht, während die sozial Schwächeren überproportional von diesen Problemen betroffen sind (Agyeman/Evans 2004). Damit rücken sozialstrukturelle Fragen in das Blickfeld und damit verknüpfte soziale Ungleichheiten. Auch in Bezug auf mögliche gesellschaftliche Folgen des Klimawandels zeigen die sozialen Dimensionen der Verwundbarkeit (vulnerability) durch Klimafolgen, dass jene Bevölkerungsgruppen deutlich stärker betroffen sind bzw. sein werden, deren Handlungschancen durch geringe Ressourcenausstattungen beeinträchtigt sind (u.a. durch geringes Einkommen, geringe Bildung, wenig Sozialkapital, schlechte Wohnbedingungen). Untersuchungen zu den Auswirkungen von „Hurricane Katrina“ 2005 in den USA haben beispielsweise verdeutlicht, dass unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen am stärksten betroffen waren (Bullard/Wright 2009).

In der Nachhaltigkeitsforschung ist die sozial ungleiche Verteilung von Umweltnutzungen bisher wenig beachtet worden. Stoffstrom- oder Emissionsanalysen wurden nicht in Beziehung zu sozialstrukturellen Differenzierungen gesetzt (Kraemer 2008). Bogun (2012) kritisiert den Mangel an nationalstaatlichen Studien zu sozialen Differenzen im Umweltverbrauch und zeigt anhand mehrerer Studien, dass etwa das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen ein Hauptfaktor für Umweltwirkungen von Haushalten ist. Unter diesem Blickwinkel erscheinen dann einige der nachhaltigen „Pioniergruppen“ als weniger vorbildhaft, da sie zwar in einigen Konsumbereichen (z.B. Ernährung) durchaus nachhaltiger handeln, das einkommensbedingt hohe Konsumniveau aber mit ausgeprägten Umweltimpacts verknüpft ist (Walker 2012). Beispielsweise verursacht ein österreichischer Haushalt des obersten Einkommensviertels durch Alltagsfahrten im Auto und öffentlichen Verkehr (ohne Berücksichtigung von Flugreisen!) fast viereinhalb Mal so viele CO₂-Emissionen wie ein Haushalt des untersten Einkommensviertels (VCÖ 2009). Eine britische Studie zeigt, dass die zehn Prozent einkommensstärksten Bevölkerungsgruppen in Großbritannien für 43% der gesamten verkehrsbezogenen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, jene mit dem niedrigsten Einkommen für 1% (Brand/Boardman 2008). Eine israelische Studie hat bezogen auf den Stromverbrauch und die Autobenützung von Privathaushalten errechnet, dass die israelische Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen 25 Mal mehr Treibhausgase emittiert als jene mit dem niedrigsten (Rabinowitz/Lubanov 2011). Diese Befunde sind nicht immer neu (wenn auch in ihrem Ausmaß überraschend), wie die Untersuchung von Lutzenhiser/Hackett (1993) zu Energieverbrauch und CO₂-Emissionen von US-Haushalten zeigt: Demnach erhöhen sich mit steigendem Einkommen sowohl der Energieverbrauch als auch die CO₂-Emissionen deutlich. Sanquist et al. (2012) haben in einer neueren Untersuchung zum US-Elektrizitätskonsum auch die Bedeutung von Lebensstilfaktoren wie Besitz und Gebrauch von technischen Geräten, Wahl des Wohnorts einbezogen, die immerhin ca. 40% der Varianz im Konsum erklären können. Verschiedene Studien zu Konsummustern deuten darauf hin, dass sowohl sozioökonomische Lagemerkmale als auch Lebensstilfaktoren für deren Ausprägung eine wesentliche Rolle spielen, dies aber je nach Konsumfeld, einbezogenen Variablen usw. unterschiedlich ist.

Generell zeigt sich, dass die Gleichung „hohes Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewusstsein = ausgeprägt nachhaltiges Handeln“ so nicht stimmt. Vielmehr kann ausgeprägtes Bewusstsein durchaus mit hohem Umweltverbrauch verknüpft sein. In vielen Fällen zeigt sich, dass sozial benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft oft einen deutlich geringeren Umweltverbrauch haben als sozial privilegierte.

Konsumverzicht oder radikales Sparen ist dabei durch die Lebensumstände mitbedingt, wenngleich auch unter sehr restriktiven Bedingungen nachhaltigkeitskompatible Werthaltungen und Einstellungen handlungsrelevant sein können. Allerdings wird dieser „Nachhaltigkeitsbonus“ gesellschaftlich und medial bisher wenig belohnt. Meist wird mit moralischem Gestus und unter Heranziehung von Einzelfällen Verschwendung trotz niedrigem Einkommen oder einen ungesunder Lebensstil kritisch hervorgehoben und daraus verallgemeinernd auf ganze Bevölkerungsgruppen geschlossen. Keine Talkshow im Privatfernsehen ohne täglichen Verweis auf die Zügellosigkeit und Unmoral der unteren sozialen Schichten!

Doch wäre es ebenso zynisch, die sozial Benachteiligten einer Gesellschaft statt der „LOHAS“ als die NachhaltigkeitspionierInnen zu feiern. Geringer Ressourcenverbrauch in ökologischer Hinsicht geht häufig mit eingeschränkter Lebensqualität und sozialem Stigma einher bzw. dem Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe durch (erzwungenen) Konsumverzicht. Dies ist gerade in einer Konsumgesellschaft problematisch, in der materieller Konsum zu einem zentralen Bestandteil gesellschaftlicher Integration geworden ist.

Leben in der Konsumgesellschaft

Ansprüche an nachhaltigen Konsum müssen die integrativen Funktionen materiellen Konsums berücksichtigen. Der Konsumismus prägt unsere Lebensumwelt (z.B. die Dominanz von Werbeflächen in Städten) ebenso wie unsere innere Lebenswelt. Im Konsumkapitalismus sind kaum mehr soziale Kontakte vorstellbar, die nicht über Konsum vermittelt sind. In einer Konsumgesellschaft verleihen Erwerb, Besitz und Nutzung von Gütern und Dienstleistungen vielen Menschen „Status und Sinn“. Die Hauptfunktion des Konsums wird häufig in der Erfüllung funktionaler Nutzenaspekte gesehen (und häufig wird von sozial Benachteiligten erwartet, dass sie ihren Konsum darauf beschränken und sich keine „unnützen“ Wünsche erfüllen). Eine wesentliche Funktion des Konsums liegt aber auch in seiner Kapazität zur Sinnstiftung. Produkte tragen soziale Bedeutungen, dienen als Kommunikatoren und werden dazu benutzt, soziale Beziehungen zu stiften und zu befestigen. Sie erfüllen nicht nur „Grundbedürfnisse“, sondern gleichzeitig immer auch kognitive, soziale und kulturelle Funktionen. Beispielhaft kann hier auf die Ernährung verwiesen werden: Ernährung ist zwar eine physiologische Notwendigkeit, jedoch gleichzeitig eine soziale und kulturelle Praxis, die eng mit Lebensqualität verknüpft ist.

Kompakt lassen sich einige Funktionen von Ernährung unterscheiden: physiologische Funktionen (Versorgung des Körpers mit Nährstoffen und Energie, Stoffwechsel), soziale Funktionen (Identität, Integration und Distanz, Kommunikation), kulturelle Funktionen (Wertsysteme, Sinngebung, Gebräuche, Nahrungsnormen), psychische Funktionen (Genuss, emotionale Sicherheit, Kompensation, Selbstwertgefühl).

Soziale Funktionen werden deutlich, wenn Nahrung als soziales Zeichen wirksam wird. Durch den Konsum bestimmter Lebensmittel und Gerichte wird soziale Nähe oder Distanz geschaffen, Zugehörigkeit oder Abgrenzung signalisiert. Der Abgrenzungsaspekt findet etwa in der Alltagssprache seinen Ausdruck, wenn Menschen über eine mit dem Essen verbundene Zuschreibung sozial abgewertet werden (z.B. der abfällige Ausdruck „Spaghettifresser“). Der sozial verbindende Charakter des Essens wird in der Institution Mahlzeit deutlich (Brunner 2009).

Nachhaltige Konsumdebatten tendieren oft dazu, die funktionalen Aspekte des Konsums über zu bewerten und nicht-funktionale Aspekte einer moralistischen Kritik zu unterziehen, nicht nur im Kontext von einkommensschwachen Haushalten.

Konsum hat in einer Konsumgesellschaft aber existenzielle Funktion: Er versorgt Menschen mit Identität, gibt ihnen Sicherheit und Orientierung. Oftmals bedeutet Konsum auch, ein „normales“ Mitglied der Gesellschaft sein zu können. So hat eine Studie zur Omnipräsenz von Jeans im Alltag ergeben, dass das Tragen dieses Kleidungsstücks „Normalität“ (the ordinary) vermittelt und Identitätsansprüche bezüglich Kleidung (z.B. bei MigrantInnen) dadurch relativiert werden, was mit psychischer Entlastung für die Betroffenen verbunden sein kann: „Most migrants today do not wear jeans either to fit in or as a mark of authentic difference. They see jeans wearing as outside of such issues of identity. For them, in their ordinariness, jeans have lost their connotations of assimilation or distinction“ (Miller 2012, 104). Dies gilt aber nicht für jedes Produkt, vor allem nicht, wenn es sich um Markenprodukte handelt. Konsum kann selbstverständlich auch die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen zum Ausdruck bringen und soziale Distinktion demonstrieren. Außerdem stellt Konsum die Teilhabe an sozialen Aktivitäten sicher, wie Besitz und Gebrauch des Handys deutlich machen.

Eine Studie zum Zusammenhang von Konsum und sozialer Exklusion zeigt die hohe Bedeutung z.B. des Handys bei sozial Benachteiligten ohne Erwerbsarbeit. Mit dem Handy (und dem Fernsehen) kann man symbolisch teilhaben an der Gesellschaft, teilhaben an den Bildern und Symbolen, die alltägliche Wissensvorräte prägen. Massenmedien sichern symbolischen Anschluss an kollektive Sinnstrukturen und Normen und durch Unterhaltung, Genuss und Erregung auch ein Mindestmaß an soziokultureller Integration.

Bei eingeschränkten Ressourcen wünschen sich vor allem Eltern für ihre Kinder eine über Lebensstil, über Konsum hergestellte symbolische Integration, weshalb so lange wie möglich versucht wird, die Kinder den eigenen deprivierten Zustand nicht spüren zu lassen (Bosch 2010). Die Bedeutung von sozialer Inklusion qua Konsum wird auch bei Energiearmut deutlich. So kann es vorkommen, dass Kinder ihre Schulfreunde nicht in die Wohnung mitnehmen dürfen, da es den Eltern peinlich ist, dass es kein oder wenig Licht gibt oder die Zimmer kalt sind.

Auch beim Kleidungskonsum schränken sich Eltern mit Kindern oft ein, um ihren Kindern die Integration in die Gesellschaft mittels der „richtigen Kleidung“ zu ermöglichen (Rosendorfer 2012). Deshalb muss Konsumkritik im Sinne der Nachhaltigkeit auch sozial sensibel sein, da mit der Kritik an bestimmten Konsummustern auch häufig bewusst oder unbewusst eine Stigmatisierung der diese Konsummuster praktizierenden Menschen einher geht. Forderungen nach Konsumverzicht sollten die Möglichkeit einräumen, dass damit soziale und psychische Funktionen des Konsums in der Konsumgesellschaft missachtet werden, was zur Abwehr von Nachhaltigkeitsansprüchen führen kann.

Soziale Ungleichheit und nachhaltiger Konsum: Das Beispiel Energiearmut

Der Energiekonsum ist von zentraler nachhaltigkeitspolitischer Relevanz und dessen Reduktion Ziel vieler internationaler und nationaler Nachhaltigkeitsstrategien. Energiesparen und die Erhöhung der Energieeffizienz stehen auf der Tagesordnung, zumal weltweit der Energiekonsum weiter ansteigt und mit ihm die CO₂-Emissionen.

Der Zugang zu Energie ist sowohl global als auch national sehr unterschiedlich ausgeprägt und eng mit gesellschaftlichen Differenzierungen und Machtverhältnissen verknüpft. Energie ist Basisvoraussetzung für soziale Integration und gesellschaftliches Leben. Dies gilt in besonderem Maße in einer „high-energy-society“, wie es industrialisierte Gesellschaften mit ihren energieintensiven Lebensweisen sind. Konsumpraktiken gegenwärtiger Lebensstile basieren auf einem hohen Verbrauch (endlicher) Ressourcen. Lange Zeit wurde hoher Energieverbrauch mit gesellschaftlichem Fortschritt und Modernisierung gleichgesetzt. Diese Gleichsetzung wird aber mit dem Bewusstwerden der Nebenfolgen der industriellen Moderne (z.B. Klimawandel, Ausbeutung endlicher Ressourcen) zunehmend hinterfragt. Es herrscht inzwischen Konsens, dass das industrielle Energiesystem nicht nachhaltig ist und eine Transition zu einer „low-carbon-society“ notwendig wird. Allerdings sollten bei dieser Transition nicht nur ökologische, sondern auch soziale Dimensionen nachhaltiger Entwicklung, die Frage von Umweltgerechtigkeit, eine Rolle spielen.

Denn während für manche gesellschaftliche Gruppen in den Industrieländern die (unbegrenzte) Verfügbarkeit von Energie eine Normalität darstellt, stehen andere Gruppen vor dem Problem, sich Energie in ausreichendem Ausmaß leisten zu können bzw. die Inanspruchnahme von Energiedienstleistungen einschränken zu müssen. Beispielsweise sind auch in Ländern Europas energiebezogene Todesfälle nicht selten, weil Menschen im Winter nicht ausreichend Wärme zur Verfügung haben oder sich im Sommer nicht vor der Hitze schützen können.

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive ist Energiekonsum sozial, kulturell und materiell strukturiert, ist Ausdruck und Bestandteil sozialer Stratifizierung (Brunner et al. 2011).

Energieverbrauchsmuster unterscheiden sich nicht nur nach Dimensionen wie Einkommen, Lebenszyklus, Wohnform oder ethnischer Zugehörigkeit. Auch technisch-materielle Dimensionen (wie z.B. Alter, Typ und Größe von Wohnungen und technischen Geräten) spielen eine Rolle, ebenso wie Wissen, Einstellungen und soziale Normen (z.B. Mentalitäten des Sparens oder Umwelteinstellungen), was zu unterschiedlichen „Energiekulturen“ führen kann. Wie bereits erwähnt, sind unterschiedliche Lebensstile auch mit unterschiedlichen Umweltimpacts verbunden. Druckman/Jackson (2008) zeigen bezogen auf Großbritannien empirische Zusammenhänge zwischen Lebensstilen, Energieverbrauch und dem Ausstoß von Treibhausgasen: Die 10% einkommensschwächsten Haushalte Großbritanniens verbrauchen im Durchschnitt nur 43% der Energie, die von den 10% einkommensstärksten Haushalten verbraucht wird. Ein fast gleiches Bild zeigt sich auch bei den CO₂-Emissionen. Obwohl sozial weniger privilegierte Gruppen meist weniger Energie konsumieren (was auf dem Weg in eine „low-carbon-Gesellschaft“ eigentlich positiv zu sehen wäre), ist ihre Stellung am Energiemarkt eine schwache, d.h. sie müssen meist mehr für Energie zahlen als privilegiere Haushalte und profitieren auch weniger von der Liberalisierung des Energiemarktes (Boardman 2010).

Besonders deutlich werden soziale Ungleichheiten beim Thema Energiearmut. Steigende Energiepreise, sinkende oder stagnierende Einkommen und in vielen Ländern ein hoher Bestand an energieineffizienten Gebäuden und Wohnungen bringen Energiearmut als gesellschaftliches Problem in die öffentliche und wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Energiearmut ist durch mehrere Charakteristika gekennzeichnet: u.a. hohe Energiekosten, Energieschulden, Abschaltungen, Einschränkungen des Energiekonsums auf Kosten der Gesundheit oder auch der Wahlzwang, ob das verfügbare Einkommen für Essen oder Heizen ausgegeben wird. Energiearmut entsteht aus dem Zusammenspiel von niedrigen Einkommen, hohen Energiepreisen und energieineffizienten Wohnungen bzw. Geräten (Brunner/Mandl 2014).

Unter Mitwirkung des Autors durchgeführte Studien zum Energiekonsum von einkommensschwachen Haushalten zeigen die Problematik von Energiearmut (Brunner et al. 2011, 2012). Viele einkommensschwache Haushalte müssen ihre Ansprüche einschränken. Leben mit Schulden und Sparen als Lebensmaxime stehen auf der Tagesordnung, Engpässe sind häufig. Im Gegensatz zur Annahme einer ständigen Erhöhung der Standards gesellschaftlicher Normalität (z.B. immer höhere Innenraumtemperaturen; Shove 2003) findet bei sozial benachteiligten Haushalten oft ein schrittweiser Anpassungsprozess „nach unten“ statt, werden Standards des „normalen“ Lebens abgesenkt. Die Wohnungen vieler einkommensschwacher Haushalte sind in schlechtem energetischem Zustand, dies gilt auch für technische Geräte und Heizungen. Energieeffizienz ist eher die Ausnahme denn die Regel.

Oft verfolgen Haushalte teilweise sehr kreative Strategien, um trotz mangelnder Ressourcen die Wohnung zu gut wie möglich einzurichten: So wird im Freundeskreis nach gebrauchten Einrichtungsgegenständen und Geräten gesucht, werden Flohmärkte, Gebrauchtwarenplattformen und Sonderangebote genutzt, kaputte Gegenstände wieder repariert. Sozial und ökonomisch benachteiligte Haushalte sind oft in vielfältige „second hand cultures“ (Gregson/Crewe) eingebunden, was als ein, wenn auch meist erzwungenes, nachhaltiges Statement gegen die Wegwerfgesellschaft gesehen werden kann. Im Unterschied zu einkommensstarken Haushalten ist der Ausstattungsgrad an technischen Geräten in der Regel niedrig.

Hohe Energiekosten (eine zentrale Dimension von Energiearmut) bzw. unerwartete Nachzahlungsaufforderungen von Energieunternehmen stellen für viele Haushalte eine Belastung dar. Energieabschaltungen sind keine Seltenheit, wodurch bereits vorhandene Belastungen noch verschärft werden können.

Die Energiepraktiken in den Haushalten sind Ausdruck der Lebens- und Wohnsituationen und der Problematik der Energiekosten. Sowohl bei den Heiz- als auch bei den Beleuchtungspraktiken werden unterschiedlichste Effizienz- und Suffizienzstrategien deutlich, mit denen die Betroffenen versuchen, unter eingeschränkten Bedingungen ihre energetischen Grundbedürfnisse zu befriedigen. Meist werden ausgeprägte Energieverbrauchsreduktionsstrategien vollzogen (z.B. nur einen Raum in der Wohnung heizen; das Absenken der Wohnraumtemperatur; auch am Tag ins Bett gehen; potenziell vorhandene Lichtquellen nur selektiv nutzen). Manche Haushalte schränken ihren Wärmekonsum derart ein, dass damit auch gesundheitliche Risiken verbunden sind. Leistbare „Kleininvestitionen“ (z.B. Energiesparlampen) werden oft getätigt, mit Energie wird (bis auf wenige Ausnahmen) sparsam umgegangen.

Allerdings gibt es im Vergleich zu einkommensstarken Haushalten deutliche geringere Handlungsspielräume zur Erhöhung der Energieeffizienz von Haushaltsgeräten und Wohnungsbestand, da meist die finanziellen Mittel nicht vorhanden sind, eine ineffiziente oder defekte Heizung auszutauschen oder gar in eine energieeffizientere Wohnung wechseln zu können.

Das Einkommen ist ein wichtiger ermöglichender oder restringierender Faktor. Aber auch andere Aspekte spielen für den Energiekonsum eine wesentliche Rolle, etwa die Sorge um nahe Verwandte, die Einstellung zum Energiesparen, technisches Know-How, der Zugang zu sozialen Netzwerken, Vorstellungen von „Gemütlichkeit“, die Anwesenheit von Haustieren. Die Konsequenz aus dem jeweiligen Zusammenwirken dieser Faktoren kann sein, dass bei ähnlich restriktiven Einkommens- und Wohnverhältnissen der reale Energieverbrauch im Extremfall fünf Mal so hoch ist. Im Vergleich der Energiekosten zeigt sich aber, dass einkommensschwache Haushalte in der Regel deutlich weniger Energie verbrauchen als einkommensstarke.

Zwar ist nicht jeder einkommensarme Haushalt energiearm (z.B. durch das Vorhandensein einer energieeffizienten Wohnung), jedoch steigt die Wahrscheinlichkeit von Energiearmut bei geringem Einkommen deutlich an.

Energiearmut ist ein Thema, bei dem soziale, ökonomische und ökologische Dimensionen eng miteinander verknüpft sind. Wie kann ein ökologisch nachhaltigerer Energiekonsum mit sozialer Gerechtigkeit einhergehen? Unter nachhaltigkeitspolitischen Gesichtspunkten kann ein Ansetzen an einzelnen „Verursachungsfaktoren“ durchaus erfolgversprechend zur Reduktion von Energiearmut sein: Die Erhöhung der Einkommen wäre eine Möglichkeit, Menschen aus Energiearmut (kurzfristig) herauszuführen (wie dies durch finanzielle Zuschüsse beim Heizen versucht wird). Auch eine Reduktion der Energiepreise könnte den finanziellen Druck lindern (z.B. durch Sozialtarife für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen oder andere Maßnahmen von Energieunternehmen). Am nachhaltigsten wäre allerdings eine Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden und Wohnungen, was verminderten Energieverbrauch zur Folge hätte und auch ein Beitrag zur Reduktion von CO₂-Emissionen wäre. Eine radikale Reduktion von Energiearmut wird vermutlich nur durch ein integriertes Ansetzen an allen drei zentralen Ursachen von Energiearmut möglich sein. Dazu wären allerdings ein sektorenübergreifendes Politikverständnis und eine interministerielle Kooperation notwendig. Gegenwärtig gehen Umwelt-, Sozial-, Wirtschafts- und Gesundheitspolitik häufig getrennte Wege. Die Verbindung von Sozial- und Umweltpolitik ist bisher noch wenig ausgeprägt.

Dass die Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden nicht nur die Leistbarkeit von Energie erleichtern würde und zur Reduktion von Treibhausgasemissionen beitragen würde, sondern außerdem zur Hebung der Lebensqualität sowie zur Verbesserung des Gesundheitsstatus von einkommensschwachen Menschen, ist bisher noch wenig in den Fokus der Nachhaltigkeitspolitik gelangt. Ein integratives Nachhaltigkeitsverständnis müsste diese „non-energy co-benefits“ stärker in das Zentrum stellen (Brunner/Mandl 2014), was auch die Nutzendimensionen nachhaltiger Investitionen in einem anderen Licht erscheinen lassen würde.

Am Beispiel Energiearmut wurde deutlich, dass einkommensschwache Haushalte im „Ergebnis“ eine vergleichsweise niedrig-energetische Lebensweise pflegen (z.B. auch durch den weitgehenden Verzicht auf private Autos). Bisher wurde diese „Leistung“ allerdings öffentlich wenig gewürdigt, sondern dieser Minderverbrauch durch höhere ökonomische und soziale Kosten „bestraft“ (Boardman 2010). Demgegenüber werden die partiell nachhaltigen Konsumpraktiken privilegierter, „umweltbewusster“ Bevölkerungsgruppen als „Pionierleistung“ medial gefeiert, obwohl insgesamt der Lebensstil dieser Gruppen deutlich ressourcenintensiver ist. Allerdings geht es nicht um ein „Auspielen“ einer Bevölkerungsgruppe gegen eine andere.

Ein häufig aus Mangel resultierender, im Ergebnis nachhaltigerer Lebensstil kann nicht als Vorbild gepriesen werden, da Ressourceneinsparungen oft mit einer sozial und ökonomisch nicht nachhaltigen Einschränkung von Lebensqualität einhergehen.

Nachhaltigkeitspolitik sollte soziale Unterschiede und die damit verbundenen Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, der sozialen und ökonomischen Teilhabe berücksichtigen. Es sollte nicht so sein, dass jene übermäßige ökonomische und soziale Kosten zu tragen haben, die weniger zur Ressourcenbeanspruchung beitragen. „Ungerecht aus sozial-ökologischer Perspektive wäre es, dass geringe persönliche Umweltverbräuche – ob freiwillig oder nicht – gesellschaftlich mehrheitlich als Versagen sozialer Teilhabe oder sozialen Aufstiegs gedeutet werden. Ökologische Gerechtigkeit hieße dann im Umkehrschluss, eine Lebensform auch sozial auszuzeichnen, die sich durch geringe Umweltinanspruchnahme auszeichnet“ (Borgstedt et al. 2011, 17).

Außerdem sollte nachhaltiger Konsum nicht (nur) als individuelle Verantwortung gesehen werden. Häufig sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen für nachhaltiges Handeln nur ansatzweise gegeben bzw. ist ein nachhaltiges Handeln in nachhaltigkeitsfeindlichen Strukturen schwierig.

Gesellschaftliche Voraussetzungen nachhaltigen Konsums

Während manche soziale Milieus (in einigen Handlungsbereichen) bewusst nachhaltig konsumieren, aber im Ergebnis trotzdem häufig einen hohen Umwelt-Impact haben, müssen andere soziale Milieus aufgrund schlechter Ressourcenausstattung ihren Konsum reduzieren, was zwar im Ergebnis in ökologischer Hinsicht mit geringerem Ressourcenverbrauch einher geht, aber mit sozialen Ausschlusstendenzen und reduzierter Lebensqualität verbunden ist.

Betrachtet man die Gesellschaft als ganze, so ist nachhaltiger Konsum noch keineswegs zu einem Massenphänomen geworden. Zwar wird vielerorts eine Moralisierung modernen Marktgeschehens konstatiert, eine von den KonsumentInnen ausgelöste Dynamik des Markthandelns. In den letzten Jahren nehme das Marktvolumen ökologischer, regionaler, fair gehandelter oder mit einem anderen nicht-ökonomischen Nutzen versehener Produkte und Dienstleistungen zu, die moralische Komponente bei Kaufentscheidungen werde wichtiger. Nun ist es zwar offensichtlich, dass zunehmend mehr Menschen ihre Konsumententscheidungen unter Berücksichtigung von Kriterien wie Umweltfreundlichkeit, Sozialverträglichkeit oder Generationen- bzw. Klimaverantwortung treffen. In manchen Bereichen (wie z.B. bei der Ernährung) ist dies (zumindest in Österreich) kein Nischenphänomen mehr, sondern betrifft größere Teile der Gesellschaft, wenngleich diese Teile gemessen an der Gesamtgesellschaft immer noch klein sind. In anderen Konsumbereichen wie etwa Kleidung ist Nachhaltigkeit noch nicht einmal ein Nischenphänomen, so beträgt z.B. der Anteil an Bio-Baumwolle am Weltmarkt unter einem Prozent.

Nun sollen diese partiellen Umorientierungen in Richtung Nachhaltigkeit bei den KonsumentInnen nicht klein geredet werden. Zwar sind es nicht immer Motive wie Gerechtigkeit, Ökologie oder Generationenverantwortung, die Konsumententscheidungen leiten, sondern häufig auch Gesundheit, Sorge für nahe Verwandte oder Trendbewusstsein („Bio ist in“). Gleichwohl betreiben KonsumentInnen in diesem Fall „Politik mit dem Einkaufswagen“, vermitteln Signale an Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, dass ihnen diese Aspekte wichtig sind und tragen damit auch zu einer Transformation in Richtung Nachhaltigkeit bei. So kann die vermehrte Nachfrage nach Fair-Trade-Produkten zum Aufbau gerechterer Handelsbeziehungen beitragen, wenngleich dies gemessen an den Strukturen des Weltmarktes marginal erscheinen mag. Dass diese Veränderungen aber auch nichtintendierte Folgen haben können, zeigt der Bio-Markt: Durch die Nachfrageausweitung wird „Bio“ zu einem internationalen Massenmarkt, in dem faire Bezahlung der Bauern, regionale Wertschöpfungsketten und hohe Qualitätsansprüche nicht immer vorrangig sind, sondern Profitmotive an Bedeutung gewinnen. Andererseits öffnet sich „Bio“ für die breite Gesellschaft, bleibt nicht mehr nur ein Phänomen einer gut situierten, umweltbewussten Gesellschaftsschicht (Brunner 2009). Dies ist aber keine naturwüchsige Entwicklung, sondern hängt auch von der politischen Gestaltung des Marktes ab (z.B. der Subventionierung bestimmter Produktionsweisen und Betriebe).

Auch wenn nachhaltige Aspekte inzwischen bei vielen Menschen in Konsumententscheidungen einfließen, ist deutlich, dass ein durchgehend nachhaltiger Lebens- und Konsumstil sehr voraussetzungsvoll und im Alltag nur schwer zu realisieren ist. Konsumhandlungen sind von vielen Faktoren abhängig (Geld, Wissen, Familie, Lebensgeschichte usw.) und kontextuell eingebunden (in soziale Beziehungen, in wirtschaftliche und politische Strukturen, in Versorgungssysteme usw.). Außerdem müssen Menschen in einem oft stressigen Alltag viele Dinge unter einen Hut bringen, müssen die oft widersprüchlichen Anforderungen, Zeiten und Strukturen abstimmen und integrieren. Diese Anforderungen sind einem reflektierten Konsum nicht immer zuträglich. So kann durch Veränderungen in der Arbeitswelt der Zeitdruck beim Management der alltäglichen Lebensführung steigen, was Auswirkungen auf Konsumpraktiken haben kann, z.B. eine erhöhte Bedeutung von Fastfood. Konsummuster sind aber auch beeinflusst von gesellschaftlichen Diskursen, die in mehr oder weniger großem Ausmaß gesellschaftliche Leitbilder bestimmen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass Nachhaltigkeitsleitbilder bereits gesellschaftliche Normalität geworden sind. Fossilistische Leitbilder (z.B. der Vorrang des individuellen Autoverkehrs) haben bisher wenig von ihrer Dominanz eingebüßt und werden teilweise auch weiterhin politisch vermittelt. Um die Chancen und Schwierigkeiten nachhaltigkeitsorientierten Alltagshandelns angemessen zu verstehen, müssen auch gesellschaftliche Leitbilder verändert werden, da sie gleichsam die diskursive Unterfütterung gesellschaftlich „normaler“ Konsumpraktiken liefern.

Für ein gesellschaftliches Projekt nachhaltigen Konsumierens und Lebens müssen geeignete kontextuelle Rahmenbedingungen (wie etwa Angebote, Anreizsysteme, kommunikative Maßnahmen, Kooperationen verschiedener gesellschaftlicher Akteursgruppen) vorhanden sein, damit nachhaltiges Handeln möglich wird. Nichtsdestotrotz wird im Nachhaltigkeitspolitischen Kontext meist unter Bezug auf das Leitbild souveräner KonsumentInnen gefordert, die Menschen müssten ihre Lebens- und Konsumstile ändern und im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens handeln. Damit wird unterstellt, dass sich Lebens- und Konsumstile mit einer Willensleistung recht einfach ändern ließen, womit die Verantwortung für viele Nachhaltigkeitsprobleme den KonsumentInnen zugeschrieben wird. Doch Lebens- und Konsumstile sind eng mit der Identität von Menschen verbunden und in soziale, kulturelle und ökonomische Kontexte eingebettet. Außerdem entspricht dem Konsumalltag eher das „realistische Bild eines überlasteten, zeitknappen, weniger kompetenten, bedingt interessierten, nicht immer disziplinierten Verbrauchers“ (WBVE 2010, 1).

Eine hauptsächliche Verantwortungszuschreibung an die KonsumentInnen vergisst, dass auch geeignete kontextuelle Rahmenbedingungen erforderlich sind, um ein bestimmtes Konsumhandeln zu ermöglichen. Konsum hat „systemischen“ Charakter, d. h. Konsummuster sind sozial und kulturell eingebettet, mit technischen Systemen verkoppelt und in oft weltweit verflochtene Produktions- und Vermarktungssysteme eingebunden. Nachfrage wird auch im Zusammenspiel mächtiger Akteursgruppen „produziert“, was unter Veränderungsperspektive bedeutet, dass nicht individuellen KonsumentInnen die tragende Rolle zukommt, sondern dem Staat und anderen AkteurInnen (Unternehmen, NGOs, Verwaltungen, Schulen usw.). Es gibt nicht den zentralen Hebel zur Veränderung von Konsumpraktiken. Veränderungen werden meist nur durch das Ineinandergreifen und die wechselseitige Stützung verschiedener Strategien und Instrumente erzielt, um einmal etablierte nicht nachhaltige Strukturen und Systeme zu verändern.

Die Frage von Nachhaltigkeit sollte nicht individualisiert werden. KonsumentInnen sind zwar in einer Marktwirtschaft wichtige AkteurInnen, jedoch bei weitem nicht die von der Wirtschaft beschworenen „Könige“, welche angeblich bestimmen, was angeboten wird. Die Diskussion um nachhaltigen Konsum sollte auch nicht auf das Handeln am Markt beschränkt bleiben. So wie die Diskussion um nicht-materiellen Konsum erweitert werden muss, so auch um die Rolle kollektiver AkteurInnen und kollektiver Arrangements. So wäre es gerade unter der Perspektive sozialer Ungleichheit wichtig, dass kollektive AkteurInnen (z.B. Gewerkschaften, Ministerien, Schulen) in ihrem Einflussbereich (z.B. in der gemeinschaftlichen Verpflegung) Nachhaltigkeit befördern.

Beispielsweise hat die Ausweitung der Gesamtschule in Deutschland für die gesunde Ernährung sozial benachteiligter Kinder positive Auswirkungen gebracht. Durch die gemeinsame Schulverpflegung konnte der Individualisierung von Ernährungspraktiken entgegen gewirkt werden.

Viele Schulkinder, gerade aus sozial benachteiligten Gruppen der Bevölkerung, kommen ohne Frühstück in die Schule bzw. sind nach dem Schulunterricht wieder auf Eigenversorgung angewiesen und den Verlockungen der Fastfood-Industrie ausgesetzt. Kollektive Lösungen können da entgegen wirken.

Solange sich jedoch zentrale AkteurInnen von Nachhaltigkeitszielen ausnehmen und die Verantwortung anderen AkteurInnen zuschreiben und -schieben, wird es ein gesellschaftliches Projekt Nachhaltigkeit schwer haben. Wenn die österreichische Bundesregierung, wie beim letztjährigen Entwurf zum Energieeffizienzgesetz, die Bundesgebäude aus finanziellen Erwägungen vom Entwurf ausnimmt (die Verabschiedung des Gesetzes konnte wegen fehlender Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erfolgen), darf nicht erwartet werden, dass dies ein nachhaltigkeitsförderndes Signal an andere AkteurInnen ist.

Die (rasche) Steigerung von Energieeffizienz von Gebäuden wäre ein wichtiger Motor zur Bekämpfung von Energiearmut und könnte eine sozialökologische Perspektive von Nachhaltigkeitspolitik deutlich machen. Hier ist großer Handlungsbedarf gegeben. Nachhaltige Entwicklung kann nicht nur Aufgabe des Marktes und der KonsumentInnen sein, sondern braucht sozial-ökologische Gesellschaftsgestaltung. Dabei ist sozialer Ungleichheit und sozialen Dimensionen von Nachhaltigkeit besonderes Augenmerk zu schenken. Soziale Ungleichheiten sollten durch nachhaltigkeitsbezogene Maßnahmen nicht verstärkt, sondern reduziert werden. Es geht um die Förderung von Lebensformen, die weniger ressourcenintensiv sind und gleichzeitig um die Reduktion sozialer Ungleichheiten, um die Verbindung von ökologischen und sozialen Dimensionen.

Literatur

- Agyeman, Julian/Evans, Bob: Just sustainability: the emerging discourse of environmental justice in Britain? In: *The Geographical Journal* 170(2), 2004, 155-164
- Boardman, Brenda: *Fixing Fuel Poverty. Challenges and Solutions*. London: Earthscan 2010
- Bogun, Roland: *Konsum, Umweltverbrauch und soziale Ungleichheit – eine Frage „unseres Lebensstils“?* Bremen: artec 2012
- Borgstedt, Silke/Christ, Tamina/Reusswig, Fritz: *Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Vertiefungsbericht 1*. Dessau-Roßlau: UBA 2011
- Bosch, Aida: *Konsum und Exklusion. Eine Kulturosoziologie der Dinge*. Bielefeld: transcript 2010
- Brand, Christian/Boardman, Brenda: Taming the few: the unequal distribution of greenhouse gas emissions from personal travel in the UK. In: *Energy Policy* 36, 2008, 224-238
- Brand, Karl-Werner/Gugutzer, Robert/Heimerl, Angelika/Kupfahl, Alexander: *Sozialwissenschaftliche Analysen zu Veränderungsmöglichkeiten nachhaltiger Konsummuster*. Berlin 2002
- Brunner, Karl-Michael/Mandl, Sylvia: *Energy Consumption and Social Inequality: The Problem of Fuel Poverty*. In: Reiter, Sigrid (ed.): *Energy Consumption: Impacts of Human Activity, Current and Future Challenges, Environmental and Socio-economic Effects*. New York: Nova Science Publishers 2014 (in press)
- Brunner, Karl-Michael: *Shoppern für eine bessere Welt – KonsumentInnen als Treiber nachhaltiger Entwicklung?* In: Gabriel, Ingeborg/ Steinmair-Pösel, Petra (Hg.): *Gerechtigkeit in einer endlichen Welt. Ökologie – Wirtschaft – Ethik*. Ostfildern: Grünewald 2013, 195-208
- Brunner, Karl-Michael/Spitzer, Markus/Christanell, Anja: *Experiencing fuel poverty. Coping strategies of low-income households in Vienna/Austria*. In: *Energy Policy* 49, 2012, 53-59
- Brunner, Karl-Michael/Spitzer, Markus/Christanell, Anja: *Energiekonsum und Armut*. In: Mikl-Horke, Gertraude (Hg.): *Sozioökonomie: Die Rückkehr der Wirtschaft in die Gesellschaft*. Marburg: Metropolis Verlag 2011, 319-348
- Brunner, Karl-Michael: *Nachhaltiger Konsum – am Beispiel des Essens*. In: *SWS-Rundschau*, 49. Jg., Heft 1/2009, 29-49
- Brunner, Karl-Michael: *Ernährungspraktiken und nachhaltige Entwicklung – eine Einführung*. In: Brunner, Karl-Michael/Geyer, Sonja/Jelenko, Marie/Weiss, Walpurga/Astleithner, Florentina: *Ernährungsalltag im Wandel. Chancen für Nachhaltigkeit*. Wien/ New York: Springer Verlag 2007, 1-38
- Bullard, Robert D./Wright, Beverly (eds.): *Race, Place, and Environmental Justice After Hurricane Katrina: Struggles to Reclaim, Rebuild, and Revitalize New Orleans and the Gulf Coast*. Boulder: Westview Press 2009

- Burzan, Nicole: Soziale Ungleichheit. In: Kneer, Georg/Schroer, Markus (Hg.): Handbuch Spezielle Soziologien. Wiesbaden: VS 2010, 525-538
- Druckman, Angela/Jackson, Tim: Household Energy Consumption in the UK: A Highly Geographically and Socio-economically Disaggregated Model. In: Energy Policy 36, 2008, 3177-3192
- Elvers, Horst-Dietrich: Umweltgerechtigkeit. In: Groß, Matthias (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden: VS 2011, 464-484
- Gestring, Norbert/Heine, Hartwig/Mautz, Rüdiger/Mayer, Hans-Norbert/Siebel, Walter: Ökologie und urbane Lebensweise. Untersuchungen zu einem anscheinend unauflösbaren Widerspruch. Braunschweig/Wiesbaden: Vieweg 1997
- Hauff, Volker (Hg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven: Eggenkamp
- Heiler, Florian/Schmalnauer, Martina/Schmutz, Petra/Brunner, Karl-Michael/Strigl, Alfred/Leuthold, Margit/Stuppäck, Sylvia/Rützler, Hanni/Keul, Alexander/Kanatschnig, Dietmar/Brenzel, Sylvia: Sustainable Lifestyles. Wien: BMVIT 2008
- Jörissen, Juliane/Kneer, Georg/Rink, Dieter: Synopse zur Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit in konzeptionellen Studien und nationalen Plänen. Leipzig/Halle: UFZ 2000
- Kleinhüchelkotten, Silke: Suffizienz und Lebensstile. Ansätze für eine milieuorientierte Nachhaltigkeitskommunikation. Berlin: BfW 2005
- Kraemer, Klaus: Die soziale Konstitution der Umwelt. Wiesbaden: VS 2008
- Lutzenhiser, Loren/Hackett, Bruce: Social Stratification and Environmental Degradation: Understanding Household CO2 Production. In: Social Problems 40, 1993, 50-73
- Miller, Daniel: Consumption and its Consequences, Cambridge: Polity 2012
- Pöferl, Angelika: ‚Umweltbewußtsein‘ und soziale Praxis. Gesellschaftliche und alltagsweltliche Voraussetzungen, Widersprüche und Konflikte. In: Lange, Hellmuth (Hg.): Ökologisches Handeln als sozialer Konflikt. Umwelt im Alltag. Opladen: Leske+Budrich 2000, 35-56
- Preisendörfer, Peter: Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland. Opladen: Leske+Budrich 1999
- Rabinowitz, Dan/Lubanov, Carmit: Climate Justice in Israel. Tel Aviv: The Association of Environmental Justice in Israel 2011
- Reusswig, Fritz: Umweltgerechtes Handeln in verschiedenen Lebensstil-Kontexten. In: Linneweber, Volker/Kals, Elisabeth (Hg.): Umweltgerechtes Handeln. Barrieren und Brücken. Berlin et al.: Springer 1999, 49-69
- Rosendorfer, Tatjana: Armut und Konsum. München 2012
- Sanquist, Thomas F./Orr, Heather/Shui, Bin/Bittner, Alvah C.: Lifestyle factors in U.S. residential electricity consumption. In: Energy Policy 42, 2012, 354-364

Scherhorn, Gerhard/Reisch, Lucia/Schrödl, Sabine: Wege zu nachhaltigen Konsummustern. Überblick über den Stand der Forschung und vorrangige Forschungsthemen. Marburg: Metropolis 1997

Shove, Elizabeth: Comfort, Cleanliness and Convenience: the Social Organization of Normality. Oxford: Berg 2003

VCÖ (Verkehrsclub Österreich): Soziale Aspekte von Mobilität. Wien 2009

Walker, Gordon: Environmental Justice. Concepts, Evidence and Politics. London: Routledge 2012

WBVE (Wissenschaftlicher Beirat Verbraucher und Ernährungspolitik) (Hg.): Der vertrauende, der verletzte oder der verantwortungsvolle Verbraucher? Plädoyer für eine differenzierte Strategie in der Verbraucherpolitik. Berlin 2010